



Die Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch sicherstellen

pro familia begrüßt Überlegungen, wie dem Ärzt*innenmangel begegnet werden kann und fordert eine sachliche Diskussion sowie zeitnahe Maßnahmen

Die Zahl der Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, nimmt stetig ab. Frauen müssen zum Teil sehr weite Wege zurücklegen, eine gute Gesundheitsversorgung sieht anders aus. Die Forderung an Politik und Ärzteschaft liegt schon lange auf dem Tisch, sich ernsthaft mit der Versorgungssituation auseinanderzusetzen und gemeinsam zu überlegen, wie sie verbessert werden kann. Seitdem ist nichts geschehen. Ein Lösungsvorschlag einer baden-württembergischen Staatssekretärin hat nun für große Aufregung und Empörung gesorgt. Dabei könnte mit einer personellen Regulierung ein Zeichen dafür gesetzt werden, dass der Schwangerschaftsabbruch als selbstverständlicher Bestandteil zur Regelversorgung einer Uniklinik gehört. Der pro familia Bundesverband fordert, das Problem des Versorgungsnotstands endlich bundesweit anzugehen und dabei auch personalpolitische Lösungen in den Blick zu nehmen.

Laut Medienrecherchen gibt es heute 40 Prozent weniger Ärzt*innen als vor zehn Jahren, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Die Folge: Frauen müssen immer längere Wege zu einem*r Ärzt*in zurücklegen. Von der Sicherstellung eines „ausreichenden Angebots ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen“ kann also nicht die Rede sein, obwohl §13 Schwangerschaftskonfliktgesetz die Länder dazu verpflichtet. Zur Ärzt*innenknappheit und damit zur schlechten Versorgungssituation trägt bei, dass die Informationen von Ärzt*innen über die von ihnen angebotenen Schwangerschaftsabbrüche durch den §219 StGB weiterhin kriminalisiert werden. Verurteilungen aufgrund von Sätzen auf der Webseite wie „Ich führe medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche durch“ stigmatisieren Ärzt*innen und tabuisieren den Schwangerschaftsabbruch. pro familia hat wiederholt auf die schwierige Lage aufmerksam gemacht und gefordert, alles dafür zu tun, damit Frauen eine gute medizinische Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch vorfinden. Frauen haben ein gesetzlich verbrieftes Recht, dass ein Eingriff, der auf der Grundlage geltenden Rechts durchgeführt wird, verlässlich und medizinisch sicher angeboten wird.

Wenn sich Universitätskliniken in einem Bundesland für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen für nicht zuständig erklären und damit zur Unterversorgung beitragen, muss das Bundesland die Möglichkeit haben, darauf Einfluss zu nehmen. Eine Möglichkeit ist, bei Neueinstellungen an Kliniken auf entsprechende Stellen die Bereitschaft zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen abzufragen und zu verlangen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht bereits 1991 so entschieden*.

Weitere Lösungsvorschläge, wie die Versorgungslage verbessert werden kann, sind dringend notwendig und sollten sachlich diskutiert werden. So müsste zum Beispiel geprüft werden, wie der Schwangerschaftsabbruch verstärkt in die ärztliche Ausbildung eingebunden werden kann, so dass junge Ärzt*innen ein Bewusstsein dafür entwickeln können, dass der Schwangerschaftsabbruch zur reproduktiven Gesundheitsversorgung gehört und Frauen ein Recht auf diese Versorgung haben. Außerdem müsste endlich eine Lösung gefunden werden, um Ärzt*innen vor religiösen Eiferern zu schützen, die Frauen das Recht auf körperliche Selbstbestimmung absprechen wollen.

Frauen in Deutschland brauchen eine gute Versorgung in Bezug auf ihre reproduktive Gesundheit. Und sie brauchen eine Gesundheitspolitik, die Defizite in der Versorgung wahrnimmt und entschlossen ausräumt.

***BVerwG, Urteil vom 13. Dezember 1991 –7 C 26/90 in: NJW 1992, S. 773(774), siehe Sachstandsbericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags: „Zum Weigerungsrecht von Krankenhäusern, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen“**

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Mainzer Landstraße 250-254
60326 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.